



Trumps Woche

Auf Twitter beklagte sich der Präsident über den „lächerlichen Maßstab“, die ersten 100 Tage einer Präsidentschaft bewerten zu wollen. Wen kümmert's, dass er im Wahlkampf einen „Vertrag“ über seine Ziele für ebendiese 100 Tage aufgesetzt hatte? Trumps Leute verwandten trotzdem viel Energie darauf, zu beweisen, was er alles bewirkt habe.

Weil die Liste in Wahrheit eher kurz ist, versuchte Trump, auf den letzten Metern etwas Großes zu realisieren: Wieder gab es endlose Treffen im Kongress mit dem Ziel, Obamacare abzuschaffen. Trump versicherte auf Twitter, er wolle das Freihandelsabkommen Nafta neu aushandeln. Die Mauer an der Grenze zu Mexiko werde gebaut, dafür brauche er aber erst mal Geld vom Kongress, das Mexiko „schließlich“, „zu einem späteren Zeitpunkt“, „in irgendeiner Form“ zurückzahlen werde. Er wollte sogar einen „government shutdown“ riskieren – gegen Ende der Woche hatte sich die Drohung in Luft aufgelöst. Am Mittwoch kündigte Trumps Finanzminister „die größte Steuerreform aller Zeiten“ an – sie ist bisher wenig mehr als eine Pressemitteilung auf einem A4-Blatt.

Was noch? Trump ließ durchblicken, dass er Marine Le Pen für „die stärkste Kandidatin“ bei den Wahlen in Frankreich halte. Es stellte sich heraus, dass Trumps Exsicherheitsberater Michael Flynn wohl gegen das Gesetz verstieß, indem er Geld aus Russland für einen PR-Job annahm und dies nicht meldete. Schließlich ließ Trump in einer spektakulären Aktion fast alle Senatoren in Bussen ins Weiße Haus bringen, für ein Briefing zu Nordkorea. Viele klagten anschließend, sie hätten nichts erfahren, was nicht schon in der Zeitung gestanden habe.

Israel

Eine Frau für die Scharia

Schon als Kind schrieb Hana Mansour-Khatib in ihr Tagebuch, dass sie einmal Anwältin werden wollte. Nun hat die Tochter eines Bauern eine beeindruckende Karriere hingelegt: Am Dienstag wurde die 43-Jährige zur ersten Scharia-Richterin Israels ernannt. Ihr Vater habe ihr sehr viele Freiheiten eingeräumt, sagt Mansour-Khatib, er ermöglichte ihr sogar ein Studium in England. Als Anwältin spezialisierte sich die gläubige Muslimin auf Familienrecht – und stellte fest, dass sie es mit den männlichen Rechtsgelehrten locker aufnehmen kann. Nun sei sie stolz, sagt Mansour-Khatib, nicht nur auf sich, sondern auch auf das Ko-

mittee, das mit ihrer Ernennung eine richtungsweisende Entscheidung getroffen habe.

In Israel werden zivile Rechtsangelegenheiten wie Heirat, Scheidung oder Erbschaft vor religiösen Gerichten verhandelt. Für die jüdische Bevölkerung sind orthodoxe Rabbiner zuständig, für die muslimischen Bürger, die fast ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, eben Scharia-Richter. Die Gerichte gab es bereits im Osmanischen Reich, sie blieben während der britischen Mandats Herrschaft bestehen und wurden bei der Staatsgründung Israels 1948 anerkannt. An die Rabbiner-Gerichte hat es hingegen bisher keine Richterin geschafft – und das wird wohl so bleiben. Frauen ist die Ausübung dieses Berufs in Israel verboten. abe

Spanien

Rajoy muss aussagen

Nach einer neuen Welle von Ermittlungen und Verhaftungen wegen Korruption und illegaler Parteienfinanzierung gerät Ministerpräsident Mariano Rajoy unter Druck. Nicht nur die linke Protestpartei Podemos fordert ein Misstrauensvotum gegen ihn. Auch Ciudadanos, die „Bürger“-Partei, auf deren Unterstützung die Minderheitsregierung der Volkspartei wie auch mehrere ihrer Landesregierungen angewiesen sind, verlangt Aufklärung. Die

„Bürger“ erzwangen den Rücktritt des in einen Baubestechungskandal verwickelten Ministerpräsidenten von Murcia. Dessen ehemaliger Kollege in Madrid wurde verhaftet. Rajoy, der bisher jegliche Verantwortung leugnet, muss nun als erster Regierungschef vor Gericht als Zeuge aussagen und ist zur Wahrheit verpflichtet. Zuvor will ihn die Opposition vor eine parlamentarische Untersuchungskommission über die schwarzen Kassen seiner Partei zitieren. Der Korruptionsskandal erschwert es ihm bereits, seinen Haushalt für 2017 zu verabschieden. hzu



Protestierende vor der Zentrale der Volkspartei in Madrid

Fußnote

190 000 000

Kühe sollen in Indien digital erfasst werden. So will die hindu-nationalistische Regierung die heiligen Tiere vor dem illegalen Schlachten bewahren. Der Streit um den Rindfleischverzehr führt in Indien immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und der muslimischen Minderheit. Anfang April lynchten radikale Hindus einen Bauern, weil dieser angeblich Kühe geschmuggelt hatte.

YAHYA ARHAB / EPA / REX / SHUTTERSTOCK

FRANCISCO SECIO / AP

EDEL RODRIGUEZ FÜR DEN SPIEGEL